

## Grundlinien rationaler Klimapolitik

Kai Carstensen und Stefan Kooths

*In ihren Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030 hat die Bundesregierung den Einstieg in die Bepreisung von CO<sub>2</sub> auf Basis eines Zertifikatesystems beschlossen, das ab 2021 in Kraft treten soll. Daneben stellt sie eine Fülle von Einzelmaßnahmen in Aussicht, die – so die erklärte Absicht – den Anpassungsprozess unterstützen sollen. Routinegemäß war die Empörung bei der Opposition und vielen Umweltverbänden groß, selbst in den Koalitionsparteien war Verunsicherung spürbar. Bei der nun einsetzenden Detaildiskussion sollten die Grundlinien einer rationalen Klimapolitik nicht aus dem Blick geraten, um die Vorhaben der Bundesregierung ausgewogen bewerten zu können.*

### Handeln unter Unsicherheit – Risikobereitschaft als politische Kategorie

Eine rationale Klimapolitik fußt – genau wie eine rationale Wirtschaftspolitik – auf Daten und wissenschaftlichen Modellen, die naturgemäß unvollkommen sind und daher fortlaufend überprüft werden müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn politische Eingriffe (oder ihre Verhinderung) maßgeblich mit Simulationsrechnungen begründet werden. Es wäre fahrlässig, gerade in einem so wichtigen Feld wie der Klimapolitik die Kultur des Widerspruchs einzuengen, von der sowohl die Wissenschaft als auch die Demokratie leben.

Gerade wenn man Politik auf wissenschaftliche Evidenz stützen möchte, sollte methodische Kritik nicht abgelehnt, sondern begrüßt werden – nur so lässt sich die Ergebnisoffenheit des Diskurses wahren, aus der die Wissenschaft letztlich ihre Autorität zieht. Oder, um es mit dem US-amerikanischen Soziologen Robert Merton zu sagen: Wissenschaft ist organisierte Skepsis.

Daraus folgt nicht, dass politische Tatenlosigkeit allein mit wissenschaftlichem Zweifel begründet werden kann – dann kämen wir nie zum Handeln. Es darf aber nicht übersehen werden, dass menschliches Tun zwangsläufig spekulativ ist, denn es basiert auf unvollkommenem Wissen und betrifft eine unsichere Zukunft. Die Beurteilung von Handlungsoptionen hängt damit immer auch von der Wahrscheinlichkeit ab, mit der ein Erfolg des Handelns erwartet wird. Die damit verbundene gesellschaftliche Risikobereitschaft muss im politischen Raum geklärt werden, die Wissenschaft kann solche Fragen nicht objektiv entscheiden.

Es tut der Debatte nicht gut, wenn politische Präferenzen die Deutungshoheit über wissen-



Von Tatenlosigkeit der vergangenen Jahre kann angesichts der vielen, in die Energiewende investierten Milliarden keine Rede sein. Kritikwürdig ist indes die Erfolglosigkeit dieser Politik

Bild: Adobe Stock

schaftliche Erkenntnisse reklamieren und so Erkenntnisse durch Bekenntnisse ersetzt werden. Denn gute Absichten allein reichen nicht aus. Damit sie auch zu guten Ergebnissen führen, ist insbesondere kritisch zu hinterfragen, ob bestimmte Klimaschutzmaßnahmen tatsächlich dem Vorhaben dienen, den nachfolgenden Generationen ein Leben in Würde zu ermöglichen, oder ob sie vielmehr darauf abzielen, der gegenwärtigen Generation ein reines Gewissen zu verschaffen.

Das Weltklima kann nur in dem Maße zum Ziel wirtschaftlichen Handelns werden, wie der Mensch die weitere Erderwärmung aufzuhalten in der Lage ist. Andernfalls ist das Klima Teil der Umweltbedingungen, an die wir uns wohl oder übel anpassen müssen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Mensch für die bereits eingetretene Erwärmung verantwortlich ist, sondern darauf, ob er eine zukünftige Erwärmung verhindern kann. Das eine impliziert nicht das andere.

Die Bedingung ist, dass die Menschen Wege finden, die Mittel, die ihnen prinzipiell zur Verfügung stehen, auch tatsächlich einzusetzen. Der Kölner Ökonom Axel Ockenfels hat dies zu Recht als das größte Koordinationsproblem der Menschheitsgeschichte bezeichnet. Ob es gelöst werden kann, ist nicht ausgemacht.

### Vermeidungs- und Anpassungskosten in den Blick nehmen

Eine verantwortungsvolle Klimapolitik darf ihren Ausgangspunkt daher nicht erst bei Maßnahmen zur Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen nehmen, weil dies den Handlungsspielraum zu sehr einschränkt. Vielmehr besteht die grundsätzliche Alternative darin, den Temperaturanstieg aufzuhalten oder sich an höhere Temperaturen anzupassen. Der Begriff der „Klimarettung“ ist insofern irreführend, als er den Eindruck entstehen lässt, es gehe um eine Alles-oder-

nichts-Entscheidung, mit der das Klima – und mit ihm die Menschheit – entweder gerettet wird oder untergeht.

Tatsächlich gibt es ein Kontinuum von Möglichkeiten, wie Klimapolitik gestaltet werden kann. Jeder Zielpunkt im Temperaturspektrum geht dabei mit einer spezifischen Kombination aus Vermeidung und Anpassung einher. Die Kosten der Vermeidung und der Anpassung – gemeint sind in beiden Fällen Nettogrößen, also abzüglich möglicher positiver Nebeneffekte – müssen dementsprechend gegenübergestellt und gegeneinander abgewogen werden. Denn auch in der Klimapolitik kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Somit ist jede Entscheidung für eine Vermeidungsmaßnahme immer auch eine Entscheidung gegen eine Anpassungsmaßnahme und umgekehrt. Liefere etwa eine bestimmte Vermeidungsstrategie erkennbar ins Leere, wäre ihre Befürwortung widersinnig.

Die Bewertung der verschiedenen Kostenkomponenten ist äußerst schwierig. Das aber macht sie nicht weniger wichtig. Gerade weil beide Varianten stark in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, sind sie so schwer zu beziffern. Die optimale Klimapolitik kann daher auch nicht allein naturwissenschaftlich begründet werden, sondern muss Alternativen bewerten – und bewerten kann nur der Mensch.

Weil die jeweiligen Kosten für das Abwägen zwischen Anpassung und Vermeidung zentral sind, sollten in beiden Fällen die jeweils günstigsten Maßnahmen für einen Vergleich zum Zuge kommen. Wählt man etwa für die Vermeidungsstrategie unnötig aufwendige Mittel, verschiebt sich das Kalkül unweigerlich in Richtung Anpassungsstrategie.

### Bepreisung von Emissionen über Steuern oder Zertifikate

Die Hauptschwierigkeit besteht darin, dass niemand die günstigsten Vermeidungswege kennt. Diese müssen daher erst über Marktprozesse entdeckt werden. Die dringend benötigten Informations- und Anreizaufgaben übernehmen dabei Preissignale für sämtliche Aktivitäten, die das Klima beeinflussen.

Im Falle von CO<sub>2</sub>-Emissionen kann ein solcher Mechanismus grundsätzlich sowohl über

eine Steuer als auch über Zertifikate erreicht werden. Weil weder der Steuersatz noch die Zertifikatmenge unveränderlich sind, kommt in beiden Verfahren das Abwägen zwischen Anpassung und Vermeidung zum Ausdruck. Die Steuerlösung versucht die Grenzvermeidungskosten abzuschätzen, also den marginalen Wohlstandsverzicht, den man für eine verträgliche Gesamtemission zu tragen bereit ist. Die Zertifikatelösung definiert hingegen die akzeptable Gesamtemission und überlässt die Bepreisung dem Markt.

Je mehr man von einer naturwissenschaftlich definierbaren Obergrenze für den anthropogenen Ausstoß von CO<sub>2</sub> überzeugt ist, desto stärker sollte man zur Zertifikatelösung greifen. Diese sorgt dafür, dass die Emissionsziele umgesetzt werden, und zwar „koste es, was es wolle“. Genau hier liegt der Knackpunkt: ambitionierte Klimaziele könnten schnell sehr teuer werden, erhebliche Preisschwankungen auslösen und Deutschland in eine selbsterzeugte Anpassungsrezession stürzen, deren Dauer und politische Konsequenzen niemand vorhersagen kann.

### Ernsthafte Klimapolitik erfordert Kostenehrlichkeit

Die Bundesregierung hat darauf mit einem Kompromiss reagiert. Bis 2025 ruft sie feste Zertifikatspreise anstelle einer Mengengrenze auf. In dieser Zeit wirken die Zertifikate wie eine Steuer – grundsätzlich keine schlechte Lösung, um für eine Übergangszeit Planungssicherheit herzustellen. Dabei ist der Zertifikatspreis anfangs sehr niedrig und soll auch nur in kleinen Schritten angehoben werden. Im Zielkonflikt zwischen (heutiger) wirtschaftlicher Prosperität und schneller CO<sub>2</sub>-Reduktion neigt die Bundesregierung also offenbar ersterem zu. Wer eine ambitioniertere Klimapolitik favorisiert, mag dies kritisieren, sollte jedoch auch offen kommunizieren, dass die wirtschaftlichen „Opfer“ im kommenden Jahrzehnt entsprechend größer ausfallen würden.

Denn eines ist klar: Klimapolitische Maßnahmen werden für die gegenwärtige Generation die verfügbare Verteilungsmasse verkleinern – eine Umverteilungsdividende werfen sie heute keinesfalls ab. Fossile Brennstoffe sind für die Menschheit attraktiv, weil sie als Energiequelle leicht verfügbar sind. Wären

andere Energiequellen günstiger zu haben, wären sie längst ohne politische Eingriffe erschlossen worden. Wird nun die Nutzung fossiler Brennstoffe eingeschränkt, geht damit zunächst eine Wohlstandseinbuße einher, denn positive Klimaeffekte sind lediglich bei erfolgreicher Politik und auch dann nur für zukünftige Generationen zu erwarten.

Auch wenn das staatliche Umverteilungssystem mit Blick auf die Zusatzbelastung durch CO<sub>2</sub>-Preise angepasst würde, so stünde unter dem Strich doch ein Wohlstandsverzicht der heutigen Generation. Das ist kein Argument gegen eine verantwortungsvolle Klimapolitik, die sich ja gerade aus einer Zukunftsperspektive ableitet, aber eine Mahnung zur Ehrlichkeit, ohne die die aktuelle politische Unterstützung rasch bröckeln könnte.

### Über die nationalen Grenzen hinausdenken

Die Dimension des Problems zeigt sich besonders klar im internationalen Kontext. Deutschland verursacht derzeit weniger als 2,5 % der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen, während die Länder Afrikas und Asiens zusammen auf deutlich über 50 % kommen – Länder also, die weder die Lasten der CO<sub>2</sub>-Vermeidung noch die Kosten einer Anpassung leicht schultern können und im Zweifel wohl kaum bereit sein werden, ihren wirtschaftlichen Aufholprozess merklich zu verlangsamen. Ob die im Pariser Klimaabkommen vorgesehene technische und finanzielle Unterstützung ausreicht, steht in den Sternen. Es könnte also teuer werden für uns, wenn wir es ernst meinen und nicht nur vor unserer deutschen Haustür kehren.

Gerade im globalen Maßstab wäre klimapolitisch dort anzusetzen, wo die Grenzvermeidungskosten am geringsten sind. Das bedeutet nicht, dass wir die Vermeidungskosten auf andere abwälzen, sondern dass wir unsere Mittel zielgenauer einsetzen. Das kann auch jenseits unserer Grenzen sein, etwa als Kompensation für den Fortbestand der tropischen Regenwälder an diejenigen, in deren Hoheitsgebiet sie liegen (Coase-Lösung).

Um in der Klimapolitik eine Vorbildfunktion einzunehmen, reicht es nicht, die Verpflichtungen aus den Klimaabkommen einzuhalten. Nachahmer werden sich – wenn überhaupt

– nur finden, wenn die Umsetzung kostenminimal geschieht. Je größer die Wohlstandseinbußen, desto unattraktiver wird das Vorbild. Die Energiewende sollte hier ein warnendes Beispiel sein: Ein Pionier, dessen stabile Stromversorgung davon abhängt, dass die Nachbarn den Weg nicht mitgehen, reizt nicht zur Nachahmung an.

## Marktmechanismen statt kleinteiliger Regulierung

Umso wichtiger ist es für die mittel- und langfristige Akzeptanz der Klimapolitik, sich darauf zu beschränken, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen und ansonsten konsequent das erfolgreiche marktwirtschaftliche System für Innovation und Wohlstandsmehrung zu nutzen. Die vergangenen 200 Jahre haben gezeigt, dass marktwirtschaftliche Entdeckungsprozesse in der Lage sind, vormals Undenkbare möglich zu machen. Warum sollte das bei einer klimaschonenden Energieversorgung und Lebensmittelerzeugung nicht auch gelingen? Die Erfahrung lehrt zudem, dass Menschen eher bereit sind, auf einen Teil ihres Wohlstandszuwachses zu verzichten, als tatsächlich Einbußen hinzunehmen.

Zentral ist zudem, das neue Zertifikatesystem auch wirken zu lassen. Jeder weitere Eingriff in Form von Vorschriften, Verboten und Subventionen ist spätestens ab 2026, wenn eine feste Obergrenze für CO<sub>2</sub>-Emissionen gelten soll, nicht nur wirkungslos, sondern kontraproduktiv, weil er Ressourcen verschwendet und damit den Wohlstandsverzicht über das notwendige Maß hinaus erhöht oder den Klimageffekt unnötig verringert. Wer trotzdem an solchen Instrumenten festhält, kann diese jedenfalls nicht mit dem Klimaschutz begründen, sondern muss andere Motive dafür ins Feld führen.

In den vergangenen Monaten verging kaum ein Tag ohne neue Vorschläge zu einem „klimagerechten“ Lebenswandel. Ob Fleischkonsum oder Flugreisen – ein Lebensbereich nach dem anderen kam auf den Prüfstand. Und wo sich Emissionsquellen auftaten, waren Ideen für neue Vorschriften und Verbote nicht weit. Ein solcher Ansatz ist nicht nur ineffizient, sondern provoziert unnötigen Widerstand gegen das eigentliche Anliegen der Emissionsreduktion.

Je stärker die Klimapolitik auf kleinteilige Eingriffe in Form von Subventionen und Regulierung bestimmter Güter oder Produktionsverfahren setzt, desto größer wird auch der Spielraum für die ökonomischen Akteure, den politischen Prozess so für eigene Zwecke zu vereinnahmen, dass unter dem Deckmantel der Klimapolitik Einzelinteressen zu Lasten des Gemeinwohls bedient werden. Dazu zählen Subventionen für Windräder und Elektroautos oder Verbote von Ölheizungen ebenso wie staatlich geförderte Batteriefabriken. Dieses als „Rent Seeking“ bekannte Problem besteht auf allen Politikfeldern. Je bedeutender die wirtschaftlichen Interessen der mit dem Klimawandel befassten Akteure werden, desto mehr Gewicht erlangt dieser Aspekt.

Angst und Panik sind schlechte Ratgeber. Die Demonstranten für mehr Klimaschutz beklagen die Tatenlosigkeit der vergangenen Jahre. Davon kann angesichts der vielen Milliarden, die bislang in die ökologische Energiewende geflossen sind, keine Rede sein. Kritikwürdig ist indes die Erfolglosigkeit dieser Politik. Und diese hat ihre Wurzeln in einer Gesinnungsethik, die die Absichten über die Folgen

des Handelns stellt. Um neuerliche Frustrationen zu vermeiden, gilt es in der Klimapolitik mehr denn je, einen kühlen Kopf zu bewahren, um das Wünschbare mit dem Machbaren in Einklang zu bringen. Andernfalls wird das Ergebnis nur heiße Luft sein.

*Prof. Dr. K. Carstensen ist Professor für Ökonometrie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Prof. Dr. S. Kooths leitet das Prognosezentrum am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, lehrt Entrepreneurial Economics an der University of Applied Sciences Europe in Berlin und ist Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft*

Der Beitrag fußt auf einer früheren Veröffentlichung der Autoren, die am 30. September 2019 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen ist („So geht vernünftige Klimapolitik“, Der Volkswirt, S. 16).

NEWS | MAGAZINE | JOBS | MARKTPARTNER | TERMINE

energie.de  
Das Portal der Energiewirtschaft

Aktuell und spartenübergreifend

www.energie.de

Das Portal der Energiewirtschaft

energie.de



# Erneuerbare Energien: Methodenstreit sorgt für Verwirrung

Die erneuerbaren Energien werden 2019 ein weiteres Rekordjahr erzielen. Nachdem 2018 rund 38 % des in Deutschland verbrauchten Stroms durch erneuerbare Energien gedeckt wurde, werden es 2019 deutlich über 40 % werden. Die Steigerungsraten sind ein wichtiger Hinweis darauf, ob das anvisierte Ziel, bis 2030 mindestens 65 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken, erreicht wird. Aktuelle Abschätzungen zum Jahreswechsel, die auf unterschiedlichen Bezugsgrößen beruhen, sorgen für Verwirrung statt Klarheit.

Die aktuelle Position der Erneuerbaren im deutschen Strommix – und die komplementäre Veränderung bei den anderen Energieträgern – ist von hoher energiepolitischer Relevanz. Entsprechend hoch ist die Erwartungshaltung von Politik und Gesellschaft und der Bedarf an einer aktuellen Abschätzung. Die erste Zahl, die zum Jahreswechsel veröffentlicht wird, beruht auf Schätzungen, denn amtliche Daten liegen erst später vor. Doch gibt es inzwischen mehrere Schätzungen, und zwischen den Schätzern wird vermutlich erneut Uneinigkeit bestehen, welche Zahl für 2019 richtig und verlässlich ist.

Differenzen gab es schon bei den Schätzungen für 2018. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) in Stuttgart publizierten Mitte Dezember 2018 einen Anteilswert für die Erneuerbaren von 38 %. Das Fraunhofer Institut für

Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg kam dagegen wenige Wochen später zu einer weit höheren Zahl, nämlich 40,4 %.

Der beträchtliche Unterschied führte zu einiger Verwirrung in Medien und Politik. Nicht zu Unrecht darf die Frage gestellt werden, wie es zu diesen Differenzen kommt und welche Zahl die richtige ist. Eine überregionale Tageszeitung titelte „Deutscher Ökostromanteil systematisch überschätzt“. In den sozialen Netzwerken war von „Fake News aus Freiburg“ zu lesen.

In der Statistik und ganz besonders in der Energiestatistik kommt es auf die Bezugsgrößen und die Annahmen an. Es gilt also, zunächst zu prüfen, welchen Anteil die beiden Schätzungen überhaupt berechnet haben.

BDEW/ZSW beziehen den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf den Bruttostromverbrauch in Deutschland

und orientieren sich damit an den Definitionen und Zielvorgaben der Europäischen Union, des Energiekonzepts der Bundesregierung [1] und des EEG 2017. Auch der Koalitionsvertrag 2018 und die Netzentwicklungspläne der Übertragungsnetzbetreiber verwenden diese Anteils-Definition. Die BDEW/ZSW-Quote ist also konsistent zu den politischen Zielvorgaben und gibt damit ein klares Bild über den Kurs der Zielerreichung.

Fraunhofer ISE hingegen berechnet mit den 40,4 % eine ganz andere Quote. Es wird ein Ansatz verfolgt, der auf die Nettostromerzeugung und den in das „öffentliche“ Netz eingespeisten Strom abstellt statt auf den Bruttostromverbrauch. ISE will damit den Strommix ausweisen, der bei den Verbrauchern aus der Steckdose kommt. Da bei dieser Berechnung weder der Eigenverbrauch von Kraftwerken der allgemeinen Versorgung noch der eigen-erzeugte und selbstverbrauchte Strom von Industriekraftwerken erfasst werden, verringert sich die Strommenge, auf die die Erzeugung aus erneuerbaren Energien bezogen wird, um rund 10 % und es ergibt sich dadurch ein höherer Wert.

Methodisch ist der Ansatz von Fraunhofer ISE genauso vertretbar wie der von BDEW/ZSW. Allerdings fällt bei ISE ein guter Teil der Erzeugung (für den Kraftwerks-Eigenverbrauch) und des Verbrauchs (die Eigenversorgung der Industrie) unter den Tisch. Der gravierende Nachteil dieser Berechnung ist demnach, dass ein Bezug zu den Emissionen, speziell zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß, unmöglich wird. Die Bezugsgröße Brutto-Inlandsstromverbrauch hingegen bildet das komplette Stromsystem ab.

Kritik lässt sich auch an dieser Rechenweise üben. So wird der Brutto-Stromverbrauch um den Stromaustauschsaldo bereinigt und unterstellt, dass die grüne Eigenschaft des Stroms

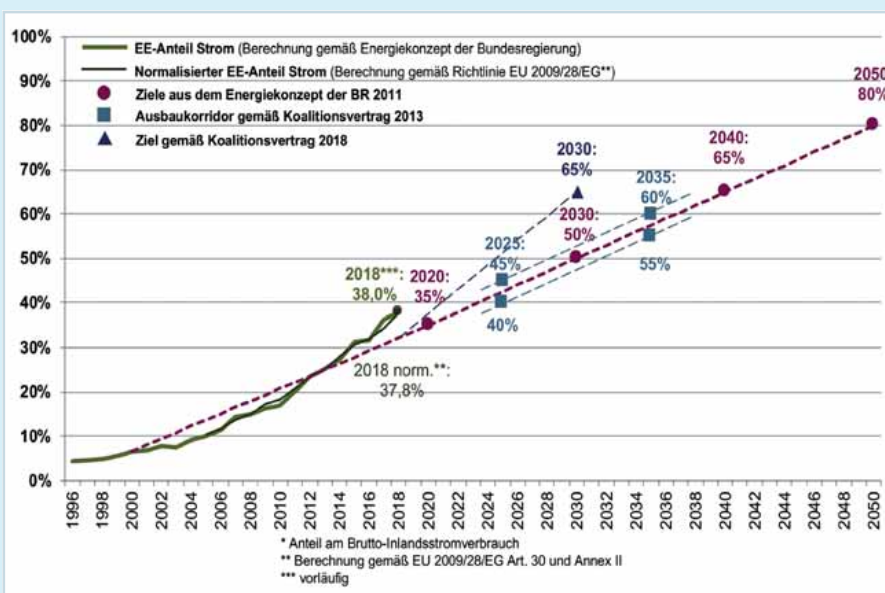


Abb. Anteil des Stroms aus regenerativen Energiequellen

Quelle: BDEW, AGEF Stand 06/2019

vollständig im Inland verbleibt. Dieses Problem lässt sich ohne ein durchgängiges Herkunftsnachweissystem für Grünstrom nicht lösen. Die Annahme ist aber konsistent zur Bilanzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossiler Stromerzeugung, da hier die Umweltauswirkungen der Stromerzeugung ebenfalls im Inland verbleiben und nicht mit dem Strom über die Landesgrenzen exportiert werden.

Warum Fraunhofer ISE die Berechnungsmethode „Netto-Stromerzeugung“ verwendet, wird nicht ganz deutlich. Niemand zweifelt ernsthaft an der Rolle, die den Erneuerbaren bereits heute für eine klimaschonende Energieversorgung zukommt und die sie erst recht bis 2050 einnehmen müssen, so dass ein

bemühtes Hochrechnen des Erneuerbaren-Anteils wohl keinen Sinn (mehr) ergibt. Jedenfalls sind Zweifel an der Relevanz des ISE-Werts für die politische Debatte um Energieeinsparung und Klimaschutz angebracht, da sich die Ziele der Bundesregierung, wie oben dargestellt, auf den Brutto-Stromverbrauch beziehen.

Ziel der ISE-Arbeiten ist es laut eigener Aussage, Transparenz und Versachlichung der Diskussion um die Energiewende zu fördern. Betrachtet man die Reaktionen aus Politik und Medien in diesem Fall, so erreicht ISE eher das Gegenteil, nämlich Verwirrung und Unverständnis. Der Sache tut man sicher keinen Gefallen, wenn damit Zweifel an der

Zielmessung und letztlich auch an der Energiewende selbst gesät werden.

### Quellen

[1] Energiekonzept der Bundesregierung vom 28. September 2010. S. 4f: Bis 2020 soll der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 35% betragen. Danach strebt die Bundesregierung folgende Entwicklung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch an: 50% bis 2030, 65% bis 2040, 80% bis 2050. Online verfügbar <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975238/439778/794fd0c40425acd7f46afacbe62600f6/2017-11-14-beschluss-kabinettt-umwelt-data.pdf?download=1>

„et“-Redaktion

### Fokussierung in der Wende – neue Fachmedienwelt

Mit der Energiewende – dem Ausstieg aus der Kernenergie und Abschied von den fossilen Energien – findet ein gewaltiger Umbruch in der deutschen Energiewirtschaft statt. Abschied bedeutet aber immer auch Neuanfang. Hierzulande hat sich dieser mit dem rasanten Wachstum der erneuerbaren Energien fulminant entwickelt. Gemeinsam mit der besseren Integration der Erneuerbaren, der Sektorenkopplung und dem Einstieg in die Welt der synthetischen Brenn- und Kraftstoffe soll das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung bis zur Jahrhundertmitte erreicht werden.

In diesen Zeiten des umfassenden und insbesondere auch digitalen Wandels ist ein erschöpfendes und tiefgehendes Wissensmanagement das A und O des Unternehmenserfolges. EW Medien und Kongresse und ihr Mehrheitsanteileigner VDE Verlag spielen dabei eine führende Rolle.

Um dies in Zukunft erfolgreich fortsetzen zu können, fokussieren beide Partner intensiver auf ihre Stärken und führen die bisher in getrennten Unternehmen angesiedelten Fachzeitschriftenbereiche ab dem 1. Januar 2020 im VDE VERLAG zusammen. „Mit den dann insgesamt 14 Medienmarken entsteht ein epochemachendes Netzwerk für die Technologiemarkte Elektrotechnik, Energiewirtschaft und -technik, Automatisierung und Digitalisierung,“ beschreibt Dr. Stefan Schlegel, Geschäftsführer der VDE VERLAGs und von EW Medien und Kongresse, diesen wichtigen Schritt.

Damit wollen wir die enge Zusammenarbeit der EW- und VDEV-Fachmedien sowie der EW-Kongresse und -Veranstaltungen zum Nutzen der gemeinsamen Zielbranche nicht nur fortführen, sondern intensivieren. Hierbei können weitere wichtige Synergien erschlossen werden.

EW Medien und Kongresse wird sich zukünftig auf ihr expandierendes Standbein Kongresse und Veranstaltungen sowie das Agentur-



Dipl.-Volksw. Christina Sternitzke, Geschäftsführerin, EW Medien und Kongresse GmbH, Berlin Foto: René Urban

geschäft konzentrieren. – Ein logischer Schritt, denn die Bedeutung von Kongressen und Tagungen für den Wissensaustausch und als Kommunikationsmöglichkeit für Experten nimmt stetig zu.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die von EW Medien und Kongresse 2010 erworbene und seit 2016 voll in das Unternehmen integrierte „et“ auch weiterhin positiv entwickeln wird. Nachdem die Zeitschrift schon bisher von Synergien profitieren konnte, ist zu erwarten, dass die neue Fachmedienwelt als Basis weiteren Schub auf dem Weg in eine erfolgreiche digitale Zukunft geben wird. Und das in einem Umfeld, das mit innovativen Themen und einem attraktiven print-online-Anzeigenmarkt spannend bleibt.

Christina Sternitzke